

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> . . . . .	V
<b>Bearbeiter der 3. Auflage</b> . . . . .	VII
<b>In Einzelnen haben bearbeitet</b> . . . . .	IX
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	XI
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	XXIX

<b>Teil 1 Grundlagen des Verwaltungsverfahrens</b> . . . . .	1
--	---

<b>Kapitel A. Allgemeine Grundzüge</b> . . . . .	2
--	---

Vorbemerkung . . . . .	3
------------------------	---

I. Von den Verwaltungsverfahrensgesetzen normierte Regeln . . . . .	3
1. Der Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze . . . . .	3
2. Ausgeschlossene Personen und Befangenheit . . . . .	6
3. Untersuchungsmaxime, behördliche Betreuungspflicht, einheitliche Stelle . . . . .	7
4. Beteiligte, Anhörung, Akteneinsicht . . . . .	9
5. Bevollmächtigte und Beistände . . . . .	12
II. Von den VwVfG nicht erfasstes Verwaltungshandeln . . . . .	13
1. Verordnungen und kommunale Satzungen . . . . .	14
2. Innerbehördliches Verfahren . . . . .	16
3. Informales Verwaltungshandeln . . . . .	16
4. Gegenvorstellung, Aufsichtsbeschwerde, Petition . . . . .	18
III. Das Widerspruchsverfahren . . . . .	20
1. Das Widerspruchsverfahren als Verwaltungsverfahren und als Sachurteilsvoraussetzung . . . . .	20
2. Form und Frist des Widerspruchs . . . . .	21
3. Nutzungsmöglichkeiten des Widerspruchsverfahrens . . . . .	22
4. Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren . . . . .	24
IV. Das summarische Gerichtsverfahren als Zwischenstation während des Verwaltungsverfahrens . . . . .	25
1. Aufschiebende Wirkung und sofortige Vollziehung . . . . .	26
2. Vorläufige Regelungen im Leistungsverfahren . . . . .	28
3. Das summarische Verfahren während des Verwaltungsverfahrens um einen VA mit Doppelwirkung . . . . .	30
V. Der Dritte bei VA mit Drittwirkung . . . . .	32
VI. Die Gestaltung des verwaltungsrechtlichen Mandats nach der Kontrolldichte gerichtlicher Überprüfung . . . . .	33
1. Gebundene Entscheidung, Ermessensausübung, Beurteilungsermächtigung . . . . .	33
2. Kontrolldichte bei gebundener Verwaltung . . . . .	34
3. Kontrolldichte bei Ermessensentscheidungen . . . . .	35
4. Fallgruppen und Kontrolldichte bei Beurteilungsermächtigungen . . . . .	36
VII. Fehler im Verwaltungsverfahren . . . . .	38
1. Beachtlichkeit von Verfahrensfehlern . . . . .	38
2. Heilung von Verfahrens- und Formfehlern . . . . .	39
3. Rechtsbehelfe gegen Verfahrenshandlungen . . . . .	40
VIII. Grundüberlegungen zur Führung des verwaltungsrechtlichen Mandats . . . . .	41
1. Verwaltungsverfahrenrecht als Ordnungsmaxime . . . . .	41
2. Kooperation und/oder Konfrontation . . . . .	42
3. Kompromiss im Prozess . . . . .	45

<b>Kapitel B. Europäisches Verwaltungsverfahren</b> . . . . .	47
---	----

I. Anwendungsbereich . . . . .	49
II. Direkter Vollzug (EU-Eigenverwaltung) . . . . .	50
1. Anwendbares Recht . . . . .	50
2. Zuständigkeit der Organe und Einrichtungen der Union . . . . .	51
3. Recht auf eine gute Verwaltung . . . . .	51
4. Recht auf Zugang zu Dokumenten . . . . .	52
5. Verfahrensablauf . . . . .	54
6. Willensbildung . . . . .	59

7.	Beteiligungsrechte. . . . .	59
8.	Verfahrensbeendigende Handlungsformen der EU-Organen . . . . .	61
9.	Wirksamkeitsvoraussetzungen . . . . .	63
10.	Rechtsschutz gegen die verfahrensbeendigende Maßnahme . . . . .	66
III.	Indirekter Vollzug (mitgliedstaatlicher Vollzug) . . . . .	66
1.	Allgemeine Hinweise zur anwaltlichen Tätigkeit . . . . .	67
2.	Mittelbarer und unmittelbarer mitgliedstaatlicher Vollzug . . . . .	69
3.	Zuständigkeit und Verwaltungsorganisation. . . . .	69
4.	Grundsatz der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie . . . . .	70
5.	Einschränkung der Verfahrensautonomie durch das Äquivalenzgebot und das Effektivitätsgebot . . . . .	73
6.	Unmittelbare Wirkung des Unionsrechts als Vollzugsvoraussetzung . . . . .	75
7.	Anwendungsvorrang . . . . .	77
8.	Unionsrechts- und insbesondere richtlinienkonforme Auslegung. . . . .	79
9.	Einfluss des Unionsrechts auf einzelne verfahrensrechtliche Vorschriften . . . . .	81
10.	Grundrechte und Grundfreiheiten . . . . .	86
11.	Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch . . . . .	88
12.	Unionsrechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	89
13.	Entschädigungsanspruch für EuGH-Überraschungsurteile . . . . .	89
14.	Die Kommissionsbeschwerde. . . . .	89
IV.	Gemischter Vollzug . . . . .	90
<b>Teil 2 Informationsansprüche. . . . .</b>		<b>93</b>
I.	Das anwendbare Recht . . . . .	98
1.	Umweltinformationsgesetze . . . . .	98
2.	Informationsfreiheitsgesetze . . . . .	99
3.	Verbraucherinformationsgesetz . . . . .	100
II.	Vorbemerkungen zu den Informationsansprüchen . . . . .	100
1.	Informationsansprüche – junge Rechtsmaterie mit wachsender Praxisbedeutung . . . . .	100
2.	Informationsansprüche in der anwaltlichen Praxis . . . . .	101
III.	Umweltinformationsansprüche . . . . .	102
1.	Vorbemerkungen . . . . .	102
2.	Anspruchsberechtigte. . . . .	102
3.	Voraussetzungslosigkeit des Anspruchs . . . . .	103
4.	Informationspflichtige Stellen . . . . .	103
5.	Der Begriff der Umweltinformationen . . . . .	105
6.	Ablehnungsgründe, §§ 8 und 9 UIG. . . . .	112
7.	Antrag und Verfahren . . . . .	129
8.	Art des Zugangs zu Umweltinformationen . . . . .	133
9.	Konkurrenz zu anderen Informationsansprüchen . . . . .	135
10.	Kosten, § 12 UIG . . . . .	136
11.	Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der Sache . . . . .	138
12.	Rechtsschutz gegen Kostenentscheidung. . . . .	145
13.	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Überwachungsstelle . . . . .	146
IV.	Informationsansprüche nach Informationsfreiheitsgesetz (IFG). . . . .	146
1.	Vorbemerkungen . . . . .	146
2.	Anspruchsberechtigung, § 1 Abs. 1 IFG . . . . .	147
3.	Informationspflichtige Stellen – Bundesbehörden . . . . .	148
4.	Der Begriff der amtlichen Information, § 2 Nr. 1 IFG. . . . .	149
5.	Ablehnungsgründe, §§ 3 bis 6 IFG. . . . .	151
6.	Ablehnungsgrund § 7 Abs. 2 Satz 1 IFG. . . . .	166
7.	Ablehnungsgrund § 9 Abs. 3 IFG. . . . .	167
8.	Antrag und Verfahren . . . . .	168
9.	Art und Form des Informationszugangs . . . . .	170
10.	Konkurrenzen zu anderen Informationsansprüchen . . . . .	171
11.	Kosten, § 10 IFG. . . . .	171
12.	Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der Sache . . . . .	172

13.	Rechtsschutz gegen Kostenentscheidung . . . . .	174
V.	Verbraucherinformationsgesetz. . . . .	174
1.	Vorbemerkungen . . . . .	174
2.	Anspruchsberechtigung . . . . .	175
3.	Informationspflichtige Stellen . . . . .	175
4.	Der Begriff der Verbraucherinformationen . . . . .	177
5.	Ablehnungsgründe §§ 3, 4 Abs. 3 bis 5 VIG . . . . .	180
6.	Antrag und Verfahren . . . . .	187
7.	Art und Form des Informationszugangs . . . . .	189
8.	Exkurs: Aktive Verbreitung von Informationen durch Behörden . . . . .	189
9.	Konkurrenz zu anderen Informationsansprüchen . . . . .	190
10.	Kosten, § 7 VIG . . . . .	190
11.	Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der Sache . . . . .	191
12.	Rechtsschutz gegen Kostenentscheidung . . . . .	193
VI.	Sonstige Informationsansprüche und -quellen . . . . .	193
1.	Akteneinsichtsrecht nach § 29 VwVfG und § 100 VwGO . . . . .	194
2.	Individuelle Auskunft- und Informationsansprüche . . . . .	194
3.	Informationsgewinnung über allgemein zugängliche Quellen . . . . .	195

## **Teil 3 Baurecht . . . . . 197**

### **Kapitel A. Baugenehmigung . . . . . 198**

I.	Das anwendbare Recht . . . . .	200
1.	Landesbauordnungen . . . . .	200
2.	Das allgemeine Verwaltungsverfahren . . . . .	202
3.	Verfahrensrechtliche Bestimmungen im BauGB . . . . .	202
II.	Tätigkeiten vor förmlicher Antragstellung. . . . .	203
1.	Klärungsauftrag . . . . .	203
2.	Erforderlichkeit einer baurechtlichen Genehmigung. . . . .	204
3.	Ermittlung der Genehmigungsfähigkeit . . . . .	224
4.	Überwindung von materiellen Genehmigungshindernissen . . . . .	229
III.	Antrag auf Erteilung eines Bauvorbescheids . . . . .	235
1.	Anwendungsbereich und Rechtsnatur eines Bauvorbescheids . . . . .	235
2.	Bindungswirkung des Bauvorbescheids. . . . .	237
3.	Formerfordernis . . . . .	239
IV.	Antrag auf Erteilung einer Baugenehmigung. . . . .	239
1.	Antragsinhalt. . . . .	239
2.	Antragsberechtigter . . . . .	242
3.	Vollständigkeit und Eindeutigkeit des Antrags . . . . .	243
4.	Ausnahmen, Befreiungen und Abweichungen . . . . .	244
5.	Unterschiedliche und wiederholte Anträge . . . . .	245
6.	Verfahrensgang . . . . .	246
7.	»Überlange« Verfahrensdauer . . . . .	248
V.	Genehmigungserteilung. . . . .	249
1.	Form der Genehmigungserteilung. . . . .	249
2.	Baugenehmigungsgebühren . . . . .	249
3.	Geltungsdauer . . . . .	251
4.	Nebenbestimmungen. . . . .	253
5.	Die Teilbaugenehmigung . . . . .	256
6.	Vorzeitiger Beginn für Flüchtlingsunterkünfte . . . . .	257
7.	Die Nachtragsgenehmigung . . . . .	258
8.	Nachträgliche Aufhebung einer erteilten Baugenehmigung . . . . .	258
9.	Beseitigung verfallender baulicher Anlagen . . . . .	259
VI.	Nachbar- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Genehmigungshindernisse . . . . .	260
1.	Nachbarbeteiligung. . . . .	260
2.	Öffentlichkeitsbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren . . . . .	262
3.	Genehmigungshindernisse. . . . .	264
VII.	»Durchsetzung« einer erteilten Baugenehmigung . . . . .	271

1.	Auswirkungen eines Widerspruchs . . . . .	271
2.	»Freigestellte« bzw. »anzeigepflichtige« Wohnbauvorhaben . . . . .	272
VIII.	Vorgehen bei Ablehnung der Baugenehmigung . . . . .	272
1.	Reaktionsmöglichkeiten . . . . .	272
2.	Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt . . . . .	273
IX.	Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche . . . . .	273
1.	Bei rechtswidriger Ablehnung . . . . .	273
2.	Bei Verzögerungen . . . . .	275
3.	Bei rechtswidriger Erteilung . . . . .	276
4.	Bei Falschankunft . . . . .	277
5.	Entschädigungsansprüche . . . . .	278
X.	Der Baunachbarstreit . . . . .	279
1.	Tätigkeit im Angrenzer-/Nachbarbenachrichtigungsverfahren . . . . .	279
2.	Tätigkeit im Widerspruchsverfahren . . . . .	282
3.	Besonderheiten im Fall freigestellter bzw. anzeigepflichtiger Bauvorhaben . . . . .	291
4.	Besonderheiten im vereinfachten Genehmigungsverfahren . . . . .	295
5.	Tätigkeit bei rechtswidrigem Verhalten des Bauherrn . . . . .	296
	<b>Kapitel B. Bebauungsplan</b> . . . . .	298
I.	Bauleitplanung und Bebauungsplan . . . . .	300
1.	Bedeutung der Bauleitplanung . . . . .	300
2.	Rechtsquellen . . . . .	300
3.	Die Bauleitplanung . . . . .	306
4.	Inhalt des Bebauungsplans . . . . .	309
II.	Aufgaben der Interessenwahrnehmung in der Planaufstellung . . . . .	315
1.	Aufgabenstellungen im Blick auf Bindung und Freiheit des Planers . . . . .	315
2.	Verfahrensbeteiligte und Zuständigkeiten . . . . .	333
III.	Die einzelnen Verfahrensstadien und die Handlungsmöglichkeiten des Anwalts . . . . .	335
1.	Informelle Vorstufen der Planung . . . . .	335
2.	Der Planaufstellungsbeschluss . . . . .	336
3.	Erste Beteiligungsphase – »frühzeitige Unterrichtung« . . . . .	338
4.	»Zwischenstadium« – Vorbereitung der förmlichen Beteiligung . . . . .	339
5.	Das förmliche Beteiligungsverfahren – Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) und Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) . . . . .	341
6.	Beratung und Beschlussfassung über den BPlan-Entwurf . . . . .	346
7.	Rechtsaufsichtliche Kontrolle . . . . .	349
8.	Ausfertigung und Verkündung . . . . .	351
9.	Aufgaben des Anwalts nach Beendigung des BPlan-Verfahrens . . . . .	352
10.	Das ergänzende Verfahren – § 214 Abs. 4 BauGB . . . . .	352
IV.	Besondere Bebauungsplanaufstellungsverfahren . . . . .	354
1.	Vereinfachtes Bebauungsplanverfahren (§ 13 BauGB) . . . . .	354
2.	Bebauungspläne der Innenentwicklung . . . . .	356
3.	Bebauungspläne zur Sicherung zentraler Versorgungsbereiche (§ 9 Abs. 2a BauGB) . . . . .	359
4.	Vergnügungsstättenbebauungspläne (§ 9 Abs. 2b BauGB) . . . . .	360
5.	Planungsinitiative beim BPlan, vorhabenbezogener BPlan . . . . .	360
V.	Der Flächennutzungsplan . . . . .	364
1.	Aufstellung des Flächennutzungsplanes . . . . .	364
2.	Darstellung von Vorrangzonen (Konzentrationszonen); Sachlicher Teilflächennutzungsplan . . . . .	366
VI.	Satzungen nach §§ 34 Abs. 4 BauGB, 35 Abs. 6 BauGB . . . . .	368
1.	Die Veränderungssperre (§ 14 BauGB) . . . . .	369
VII.	Das Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO) . . . . .	371
1.	Gegenstand und Rechtswirkungen der Normenkontrolle . . . . .	371
2.	Antragsbefugnis und Antragsfrist . . . . .	374
3.	Einstweilige Anordnung (§ 47 Abs. 6 VwGO) . . . . .	375
	<b>Kapitel C. Umlegung</b> . . . . .	377
I.	Vorbemerkung . . . . .	379
II.	Allgemeine Übersicht . . . . .	381

1.	Abgrenzungsfragen . . . . .	381
2.	Ablauf und Inhalt des Umlegungsverfahrens . . . . .	385
3.	Verfahrensrechtliche Besonderheiten/Kosten des Umlegungsverfahrens/Steuerbefreiung . . . . .	388
III.	Die Bescheide im Umlegungsverfahren . . . . .	390
1.	Der Umlegungsbeschluss . . . . .	390
2.	Der Umlegungsplan/der Beschluss über die vereinfachte Umlegung . . . . .	400
3.	Inkrafttreten und Änderung des Umlegungsplans/des Beschlusses über die vereinfachte Umlegung . . . . .	417
IV.	Rechtsschutzmöglichkeiten (Übersicht) . . . . .	425
	<b>Kapitel D. Enteignung</b> . . . . .	428
I.	Einführung . . . . .	430
1.	Eigentumsgarantie . . . . .	431
2.	Begriff der Enteignung . . . . .	434
3.	Zulässigkeit der Enteignung . . . . .	436
4.	Entschädigung. . . . .	441
5.	Gegenstand des Enteignungsverfahrens. . . . .	444
6.	Rechtsgrundlagen des Enteignungsverfahrens . . . . .	448
7.	Überblick über das Verfahren . . . . .	449
II.	Enteignungsbehörde . . . . .	449
III.	Enteignungsantrag . . . . .	450
1.	Antragsbefugnis . . . . .	450
2.	Form und Inhalt . . . . .	451
3.	Zurückweisung aussichtsloser Anträge . . . . .	451
4.	Rechtsschutz . . . . .	452
IV.	Beteiligte des Enteignungsverfahrens . . . . .	452
V.	Vorbereitung der mündlichen Verhandlung. . . . .	453
1.	Verfahrensbeschleunigung. . . . .	453
2.	Überprüfung von Bebauungsplänen . . . . .	454
3.	Rechtsschutz . . . . .	454
VI.	Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung. . . . .	455
1.	Bekanntmachung und Ladung. . . . .	455
2.	Vorzeitige Einleitung des Verfahrens . . . . .	455
3.	Mitteilung an Grundbuchamt und Vollstreckungsgericht . . . . .	456
4.	Gang der mündlichen Verhandlung. . . . .	456
5.	Rechtsschutz . . . . .	457
VII.	Genehmigungspflichtige Rechtsvorgänge . . . . .	457
1.	Genehmigungspflichtige Vorgänge . . . . .	457
2.	Versagungsgründe. . . . .	458
3.	Rechtswirkungen der Genehmigungspflicht. . . . .	458
VIII.	Einigung und Teileinigung. . . . .	458
1.	Rechtsnatur der Einigung. . . . .	459
2.	Zulässiger Inhalt der Einigung . . . . .	459
3.	Form . . . . .	460
4.	Unterzeichnungsfrist . . . . .	460
5.	Rechtswirkung der Einigung . . . . .	460
6.	Teileinigung . . . . .	461
IX.	Entscheidung der Enteignungsbehörde . . . . .	461
1.	Vorabentscheidung über Rechtsänderungen . . . . .	462
2.	Materieller Inhalt stattgebender Entscheidungen. . . . .	463
3.	Enteignungsbeschluss . . . . .	463
X.	Verwendungsfrist . . . . .	464
XI.	Verfahren bei der Entschädigung durch Gewährung anderer Rechte . . . . .	465
XII.	Vorzeitige Besitzeinweisung . . . . .	465
1.	Voraussetzungen für die vorzeitige Besitzeinweisung . . . . .	467
2.	Inhalt des Besitzeinweisungsbeschlusses . . . . .	468
3.	Rechtsfolgen der Besitzeinweisung . . . . .	469
4.	Entschädigung. . . . .	469
5.	Verfahren und Rechtsschutz . . . . .	470

XIII. Ausführung des Enteignungsbeschlusses . . . . .	471
1. Voraussetzungen. . . . .	472
2. Zustellung und Mitteilung . . . . .	472
3. Rechtsschutz . . . . .	472
XIV. Verfahrensabschluss . . . . .	473
1. Hinterlegung. . . . .	473
2. Verteilungsverfahren . . . . .	473
3. Aufhebung des Enteignungsbeschlusses . . . . .	473
4. Voraussetzungen der Aufhebung. . . . .	474
5. Verfahren . . . . .	474
6. Rechtsschutz . . . . .	474
XV. Kosten . . . . .	474
XVI. Vollstreckbare Titel. . . . .	475
XVII. Verfahren vor den Baulandgerichten . . . . .	475

## **Teil 4 Umwelt- und Planungsrecht . . . . . 479**

<b>Kapitel A. Immissionsschutzrecht . . . . .</b>	<b>480</b>
I. Das anwendbare Recht . . . . .	482
1. Unionsrecht . . . . .	482
2. Bundes-Immissionsschutzgesetz . . . . .	483
3. Landes-Immissionsschutzgesetze . . . . .	484
4. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) . . . . .	484
5. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz . . . . .	484
6. Das allgemeine Verwaltungsverfahren . . . . .	485
7. Rechtsverordnungen zum BImSchG . . . . .	485
8. Verwaltungsvorschriften . . . . .	487
II. Die Bedeutung des Rechtsanwalts im Immissionsschutzrecht. . . . .	487
III. Tätigwerden vor der förmlichen Antragstellung . . . . .	489
1. Erforderlichkeit einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung . . . . .	489
2. Ermittlung der Genehmigungsfähigkeit . . . . .	492
3. Festlegung der Zulassungsart . . . . .	495
4. Unterrichtung und Beratung hinsichtlich des Genehmigungsantrags . . . . .	496
IV. Das Genehmigungsverfahren. . . . .	498
1. Zuständige Genehmigungsbehörde . . . . .	498
2. Feststellung der UVP-Pflicht . . . . .	499
3. Der Genehmigungsantrag. . . . .	500
4. Die Antragsunterlagen. . . . .	501
5. Die Vollständigkeitsprüfung . . . . .	504
6. Auslegung von Antrag und Antragsunterlagen . . . . .	505
7. Recht auf Akteneinsicht . . . . .	508
8. Einwendungen Dritter. . . . .	509
9. Behördenbeteiligung . . . . .	514
10. Koordinierungspflicht mehrerer Zulassungsverfahren . . . . .	515
11. Beteiligung der anerkannten Umweltvereinigungen . . . . .	516
12. Beteiligung von Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften. . . . .	517
13. Erörterungstermin . . . . .	517
14. Vereinfachtes Genehmigungsverfahren . . . . .	521
15. Verfahrensmängel und ihre Folgen . . . . .	522
16. Entscheidung der Genehmigungsbehörde . . . . .	523
17. Erlöschen der Genehmigung . . . . .	529
V. Besondere Verfahrensarten . . . . .	532
1. Teilgenehmigungsverfahren (§ 8 BImSchG). . . . .	532
2. Vorbescheidsverfahren (§ 9 BImSchG) . . . . .	534
3. Die Änderung genehmigter Anlagen (§§ 15, 16 BImSchG) . . . . .	535
4. Die Zulassung des vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG) . . . . .	540
5. Nachträgliche Anordnungen (§ 17 BImSchG) . . . . .	541
VI. Klimaschutzrecht . . . . .	546

1.	Erteilung der Emissionsgenehmigung (§ 4 TEHG) . . . . .	547
2.	Festlegung der Gesamtzahl der Emissionsberechtigungen . . . . .	548
3.	Zuteilung der individuellen Emissionsberechtigungen . . . . .	548
<b>Kapitel B. Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht . . . . .</b>		<b>551</b>
I.	Einleitung . . . . .	554
1.	Entwicklung und heutige praktische Bedeutung des Kreislaufwirtschaftsrechts . . . . .	554
2.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Regelungsebenen . . . . .	556
II.	Abfallrecht als Stoffrecht . . . . .	559
1.	Der Abfallbegriff . . . . .	560
2.	Weitere Begriffsbestimmungen . . . . .	570
3.	Grundsätze und Pflichten des Abfallrechts . . . . .	572
4.	Abfallwirtschaftliche Bedeutung der Gewerbeabfallverordnung . . . . .	579
5.	Überlassungspflichten, Entsorgungszuständigkeiten . . . . .	581
6.	Stoffstromüberwachung im Inland . . . . .	597
7.	Grenzüberschreitende Abfallverbringung . . . . .	600
III.	Ordnung und Planung der Abfallentsorgung . . . . .	603
1.	Abfallwirtschaftsplanung (§§ 30 f. KrWG) . . . . .	603
2.	Anlagenzwang für Abfälle zur Beseitigung (§ 28 KrWG) . . . . .	607
IV.	Verfahren zur Anlagenzulassung und Anlagenüberwachung . . . . .	609
1.	Reichweite der abfallrechtlichen Anlagenzulassung . . . . .	609
2.	Zulassung von Anlagen zur Entsorgung von Abfällen . . . . .	611
3.	Zulassung von Deponien . . . . .	617
4.	Unterschiedliche Konstellationen des anwaltlichen Mandats; taktische Fragen . . . . .	628
5.	Anlagenüberwachung . . . . .	631
V.	Satzungsrechtliche Ausgestaltung der öffentlichen Entsorgung . . . . .	636
1.	Rechtliche Grundlagen . . . . .	636
2.	Anschluss- und Benutzungszwang . . . . .	637
3.	Regelung der Art und Weise der Entsorgung . . . . .	638
4.	Abfallgebühren . . . . .	641
5.	Rechtsschutz . . . . .	641
<b>Kapitel C. Recht der Wasserwirtschaft . . . . .</b>		<b>643</b>
I.	Überblick über das Recht der Wasserwirtschaft . . . . .	646
1.	Ziele des Rechts der Wasserwirtschaft . . . . .	646
2.	Aufbau und Struktur des Rechtsgebiets . . . . .	646
II.	Gewässer . . . . .	648
1.	Oberirdische Gewässer . . . . .	649
2.	Küstengewässer . . . . .	650
3.	Grundwasser . . . . .	650
4.	Ausnahme bestimmter Gewässer von den Bestimmungen des WHG nach § 2 Abs. 2 WHG . . . . .	651
5.	Eigentum an Gewässern . . . . .	653
6.	Allgemeine Sorgfaltspflichten . . . . .	655
III.	Gewässerbenutzungen . . . . .	659
1.	Begriff der Gewässerbenutzung . . . . .	660
2.	Einzelne Benutzungstatbestände . . . . .	660
3.	Zulassung von Gewässerbenutzungen . . . . .	669
IV.	Wasserversorgung . . . . .	690
1.	Versorgungspflicht . . . . .	691
2.	Begründung und Ausgestaltung von Versorgungsverhältnissen . . . . .	692
3.	Anforderungen an die Versorgung mit Trinkwasser . . . . .	697
4.	Festsetzung von Wasserschutzgebieten . . . . .	702
V.	Abwasserbeseitigung . . . . .	709
1.	Begriff des Abwassers . . . . .	709
2.	Abwasserbeseitigung . . . . .	711
3.	Abwasserbeseitigung durch Einleiten von Abwasser in ein Gewässer (»Direkteinleitung«) . . . . .	715
4.	Abwasserbeseitigung durch Einleiten von Abwasser in die Kanalisation (»Indirekteinleitung«) . . . . .	718

5.	Anforderungen an Abwasseranlagen . . . . .	720
VI.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen . . . . .	725
1.	Begriff der wassergefährdenden Stoffe, Einstufung. . . . .	726
2.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen . . . . .	727
3.	Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen . . . . .	729
VII.	Haftung für Veränderungen von Gewässern . . . . .	733
1.	Veränderung durch Einbringen oder Einleiten von Stoffen . . . . .	733
2.	Veränderung eines Gewässers durch Austreten von Stoffen . . . . .	734
VIII.	Anlagen in oder an Gewässern . . . . .	736
IX.	Ausbau von Gewässern . . . . .	737
1.	Begriff. . . . .	737
2.	Anforderungen an den Gewässerausbau . . . . .	738
3.	Verfahren. . . . .	738
X.	Unterhaltung von Gewässern . . . . .	739
1.	Zweck und Rechtsnatur der Gewässerunterhaltung . . . . .	739
2.	Umfang der Gewässerunterhaltung . . . . .	740
3.	Träger der Unterhaltungslast . . . . .	741
4.	Besondere Pflichten im Interesse der Unterhaltung . . . . .	742
5.	Zulassung von Unterhaltungsmaßnahmen. . . . .	743
6.	Ansprüche bei Unterlassung von Unterhaltungsmaßnahmen . . . . .	744
XI.	Hochwasserschutz . . . . .	744
1.	Hochwasser . . . . .	744
2.	Bewertung von Hochwasserrisiken . . . . .	744
3.	Festsetzung von Überschwemmungsgebieten . . . . .	745
XII.	Gewässeraufsicht . . . . .	746
1.	Überwachung . . . . .	746
2.	Anordnungen im Einzelfall . . . . .	748
	<b>Kapitel D. Natur- und Landschaftsschutzrecht. . . . .</b>	<b>750</b>
I.	Einführung . . . . .	752
1.	Praktische Bedeutung des Naturschutzrechts . . . . .	752
2.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	753
3.	Die Bedeutung des Naturschutzrechts in der anwaltlichen Tätigkeit. . . . .	756
II.	Das naturschutzrechtliche Instrumentarium . . . . .	756
1.	Überblick. . . . .	756
2.	Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege . . . . .	757
3.	Landschaftsplanung. . . . .	758
4.	Allgemeiner Gebietsschutz: Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	759
5.	Besonderer Gebiets- und Objektschutz: Die Unterschutzstellung bestimmter Flächen und Objekte . . . . .	765
6.	Biotopverbund und Biotopvernetzung, §§ 20, 21 BNatSchG . . . . .	770
7.	Allgemeiner Artenschutz. . . . .	771
8.	Europäischer Natur- und Artenschutz . . . . .	771
9.	Flächenbezogener gesetzlicher Biotopschutz. . . . .	784
III.	Naturschutzrechtliche Anforderungen an Fachplanungsentscheidungen . . . . .	784
1.	Anwaltliche Tätigkeit vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens. . . . .	784
2.	Anwaltliche Tätigkeit im Planfeststellungsverfahren . . . . .	785
3.	Rechtsschutz . . . . .	789
IV.	Naturschutzrechtliche Anforderungen an die Bauleitplanung . . . . .	790
1.	Anwaltliche Tätigkeit vor dem Aufstellungsbeschluss . . . . .	790
2.	Anwaltliche Tätigkeit im Ablauf des Verfahrens . . . . .	801
3.	Anwaltliche Tätigkeit nach dem Satzungsbeschluss . . . . .	802
V.	Naturschutzrechtliche Anforderungen an Baugenehmigungen . . . . .	802
1.	Tätigkeiten vor Antragstellung. . . . .	802
2.	Antragstellung . . . . .	807
VI.	Beteiligung anerkannter Naturschutzvereinigungen und Verbandsklage. . . . .	808
1.	Anerkennung von Naturschutzvereinen . . . . .	808
2.	Verbandsbeteiligung . . . . .	808
3.	Verbandsklage . . . . .	810



VII. Straf- und Bußgeldvorschriften . . . . .	812
<b>Kapitel E. Bodenschutzrecht . . . . .</b>	<b>813</b>
I. Einführung und Überblick. . . . .	818
1. Die anwaltliche Perspektive. . . . .	819
2. Wirtschaftliche Bedeutung von Altlasten . . . . .	819
II. Rechtsquellen, Systematik, grundlegende Begriffe. . . . .	820
1. Grundlagen und Rechtsquellen . . . . .	820
2. Überblick über das BBodSchG . . . . .	824
3. Grundsätze und Pflichten . . . . .	832
III. Wie erhalte ich Informationen über bekannte Altlasten?. . . . .	837
1. Altlastenkataster. . . . .	837
2. Umweltinformationsgesetz . . . . .	839
3. Grundbücher . . . . .	840
4. Bebauungspläne. . . . .	840
5. Sonstige Verwaltungsakten . . . . .	840
IV. Wie gehe ich mit einem Verdacht oder Kenntnissen von Altlasten um? . . . . .	840
1. Informations- und Auskunftspflichten gegenüber Behörden . . . . .	840
2. Informationspflicht gegenüber Privaten . . . . .	841
3. Von Seiten der Behörden . . . . .	841
V. Mit welchen behördlichen Maßnahmen muss ich rechnen? . . . . .	843
1. Aufklärungsverfügung . . . . .	843
2. Sanierungsverfügung . . . . .	845
3. Sanierungsuntersuchungen und Sanierungsplan . . . . .	845
4. Duldungsverfügung . . . . .	848
5. Nachsanierung. . . . .	848
VI. Wie läuft ein Sanierungsverfahren ab? . . . . .	849
1. Erkundung. . . . .	849
2. Bewertung der Altlasten . . . . .	849
3. Bestimmung des Sanierungsziels. . . . .	851
4. Welche Sanierungsmethoden gibt es? . . . . .	852
5. Behördliche Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen . . . . .	856
6. Welche vertraglichen Lösungen kommen in Betracht? . . . . .	857
7. Nach der Sanierung . . . . .	858
VII. Wer muss mit einer Sanierungsverfügung rechnen? . . . . .	860
1. Verursacher. . . . .	860
2. Eigentümer und Inhaber der tatsächlichen Gewalt . . . . .	863
3. Gesamtrechtsnachfolger des Verursachers . . . . .	868
4. Früherer Eigentümer . . . . .	872
5. Derelinquent. . . . .	873
6. Gesellschaftsrechtlich Verpflichteter. . . . .	874
7. Behördenperspektive: Auswahl unter mehreren Verantwortlichen . . . . .	875
VIII. Wie lassen sich Sanierungspflichten abwehren? . . . . .	878
1. Dereliktion, Veräußerung, Besitzbeendigung . . . . .	878
2. Störerauswahl . . . . .	878
3. Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot . . . . .	878
4. Legalisierungswirkung von Genehmigungen . . . . .	878
5. Verjährung . . . . .	880
6. Verwirkung. . . . .	881
7. Freistellungsklauseln . . . . .	881
8. Weitere Einschränkungen der Sanierungspflicht – insbesondere Verhältnismäßigkeit. . . . .	881
IX. Rückgriffsmöglichkeiten und Schadensersatzansprüche gegen den Verursacher . . . . .	882
1. Rückgriff nach § 24 Abs. 2 BBodSchG . . . . .	882
2. Verschuldenshaftung . . . . .	886
3. Gefährdungshaftung . . . . .	887
4. Sonstige Ausgleichsansprüche . . . . .	888
5. Sonstige zivilrechtliche Möglichkeiten . . . . .	888
X. Was müssen Verkäufer bzw. Erwerber eines Grundstücks beachten? . . . . .	888
1. Verkäufersicht . . . . .	888

2.	Käufersicht . . . . .	891
XI.	Altlasten aus Sicht der Gemeinde . . . . .	892
1.	Altlasten in der Bauleitplanung . . . . .	892
2.	Kennzeichnungspflichten . . . . .	893
3.	Schadensersatzrisiken (Amtshaftung) . . . . .	894
4.	Vertragliche Lösungen . . . . .	895
XII.	Straf-, steuer- und insolvenzrechtliche Bezüge . . . . .	895
1.	Strafrechtliche Verantwortung . . . . .	895
2.	Steuerrecht . . . . .	896
3.	Insolvenzverfahren . . . . .	897
XIII.	Ausblick . . . . .	898
	<b>Kapitel F. Planfeststellungsverfahren . . . . .</b>	<b>899</b>
I.	Einführung . . . . .	900
II.	Vorhaben der Fachplanung im Überblick . . . . .	903
III.	Verfahrensrechtliche Anforderungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	904
1.	Bedeutung von Verfahrensmängeln . . . . .	904
2.	Auslegung des Plans . . . . .	904
3.	Einwendungen gegen den Plan . . . . .	908
4.	Beteiligung anerkannter Naturschutzverbände . . . . .	909
5.	Präklusion . . . . .	910
6.	Anhörung. . . . .	912
7.	Akteneinsicht . . . . .	913
8.	Faires Verfahren . . . . .	913
9.	Umweltverträglichkeitsprüfung. . . . .	914
IV.	Materiell-rechtliche Anforderungen an Planfeststellungsbeschlüsse. . . . .	915
1.	Bedeutung materieller Mängel . . . . .	915
2.	Sekundäres materielles Recht . . . . .	916
3.	Rechtliche Vorentscheidungen . . . . .	916
4.	Planrechtfertigung . . . . .	916
5.	Planungsleitsätze . . . . .	918
6.	Abwägung . . . . .	918
7.	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	921
8.	Europarechtlicher Naturschutz. . . . .	922
9.	Immissionen und sonstige Gefährdungen . . . . .	937
10.	Gesundheit. . . . .	941
11.	Eigentum (Art. 14 GG) . . . . .	941
12.	Unfallrisiken . . . . .	943
13.	Beeinträchtigungen während der Bauausführung. . . . .	944
14.	Zusammentreffen mehrerer Fachplanungen . . . . .	944
15.	Widmung und Entwidmung von Anlagen . . . . .	945
V.	Rechtsbehelfe . . . . .	945
1.	Rechtsbehelfe gegen die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens . . . . .	945
2.	Rechtsbehelfe gegen die Durchführung eines ohne erforderliches Planfeststellungsverfahren geplanten Vorhabens . . . . .	946
3.	Rechtsbehelfe gegen dem Planfeststellungsverfahren vorgelagerte Verfahren . . . . .	946
4.	Rechtsbehelfe gegen Planfeststellungsbeschlüsse . . . . .	946
5.	Klagebefugnis . . . . .	947
6.	Prozessuale Präklusion . . . . .	947
7.	Vorläufiger Rechtsschutz. . . . .	948

## **Teil 5 Kommunalabgabenrecht . . . . . 949**

I.	Grundlagen . . . . .	951
1.	Bedeutung in der anwaltlichen Praxis . . . . .	951
2.	Vorgehensweise in der Beratung . . . . .	952
3.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	955
4.	Grundbegriffe und Arten der Kommunalabgaben . . . . .	957
5.	Satzung als Rechtsgrundlage . . . . .	958

6.	Vereinbarungen über Abgaben . . . . .	961
7.	Rechtsschutzfragen . . . . .	962
II.	Erschließungsbeitragsrecht . . . . .	968
1.	Formelle Anforderungen an die Rechtmäßigkeit eines Beitragsbescheides . . . . .	968
2.	Materielle Rechtmäßigkeit eines Erschließungsbeitragsbescheides. . . . .	972
III.	Sonstige kommunale Abgaben. . . . .	980
1.	Anschlussbeitragsrecht . . . . .	980
2.	Benutzungsgebühren . . . . .	990
IV.	Muster . . . . .	1004
1.	Widerspruch gegen Erschließungsbeitragsbescheid. . . . .	1004
2.	Antrag an Gemeinde auf Aussetzung der Vollziehung gem. § 80 Abs. 4 VwGO . . . . .	1004
3.	Antrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	1005
4.	Anfechtungsklage gegen Abwasserbeitragsbescheid. . . . .	1006

## **Teil 6 Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . . 1007**

### **Kapitel A. Gewerbe-, Handwerks- und Gaststättenrecht . . . . . 1008**

I.	Grundsatz der Gewerbefreiheit – Grundrechtsschutz im Gewerberecht. . . . .	1009
II.	Gewerberecht . . . . .	1010
1.	Rechtsvorschriften und Behördenzuständigkeiten . . . . .	1010
2.	Gewerbebegriff . . . . .	1011
3.	Gewerbetreibende. . . . .	1014
4.	Gewerbearten . . . . .	1015
5.	Stehendes Gewerbe. . . . .	1015
6.	Reisegewerbe. . . . .	1031
7.	Messen, Ausstellungen, Märkte . . . . .	1033
III.	Handwerksrecht . . . . .	1037
1.	Rechtsvorschriften und Behördenzuständigkeiten . . . . .	1037
2.	Begriff und Abgrenzung des Handwerksbetriebes . . . . .	1038
3.	Eintragung in die Handwerksrolle – Voraussetzungen . . . . .	1042
4.	Umfang der handwerklichen Tätigkeit . . . . .	1049
5.	Überwachung, Untersagung, Löschung . . . . .	1050
6.	Handwerkliche Berufsbildung . . . . .	1052
7.	Handwerkskammern . . . . .	1054
IV.	Gaststättenrecht. . . . .	1055
1.	Rechtsvorschriften und Behördenzuständigkeiten . . . . .	1055
2.	Anwendungsbereich des GastG . . . . .	1056
3.	Gaststättenlaubnis . . . . .	1057
4.	Betriebszeit – Sperrzeit. . . . .	1068
V.	Gegenstandswert . . . . .	1070

### **Kapitel B. Spielhallen- und Glücksspielrecht . . . . . 1071**

I.	Einleitung . . . . .	1072
II.	Normative Grundlagen und Verwaltungsvorschriften. . . . .	1073
III.	Baurecht . . . . .	1073
1.	Erfordernis einer Baugenehmigung/Nutzungsänderungsgenehmigung. . . . .	1073
2.	Das Verhältnis von Baugenehmigung und gewerberechtlichen Genehmigungen . . . . .	1074
3.	Grundsätze der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Spielhallen . . . . .	1076
4.	Bestandsschutz, Erlöschen der Baugenehmigung. . . . .	1084
5.	Zulässigkeit von Spielhallen im nicht beplanten Innenbereich . . . . .	1085
6.	Gestaltungsmöglichkeiten durch einen Bebauungsplan . . . . .	1086
7.	Erhaltungssatzungen, Sanierungssatzungen . . . . .	1090
8.	Bauordnungsrecht. . . . .	1091
IV.	Spielhallengesetze der Länder, gewerberechtliches Spielrecht . . . . .	1093
1.	Glücksspielstaatsvertrag, Landesrechtliche Regelungen . . . . .	1093
2.	Sonstige Gewerberechtliche Erlaubnisse und Genehmigungen . . . . .	1097
3.	Erlaubnis nach § 33c GewO . . . . .	1098
4.	Erlaubnis nach § 33d GewO . . . . .	1101

5.	Spielhallenerlaubnis nach § 33i GewO . . . . .	1103
6.	Höchstzahl zulässiger Spielgeräte und Spiele . . . . .	1106
7.	Zusätzliche Genehmigungsinhalte, Auflagen . . . . .	1107
8.	Antragsunterlagen . . . . .	1109
V.	Gaststättenrechtliche Aspekte . . . . .	1109
VI.	Abgabenrecht . . . . .	1111
1.	Vergnügenssteuer . . . . .	1111
2.	Besteuerung von Wetten und Lotterien . . . . .	1114
VII.	Glücksspielrecht . . . . .	1114
1.	Glücksspielbegriff . . . . .	1115
2.	Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	1117
3.	Glücksspielstaatsvertrag . . . . .	1117
4.	Amtshaftung . . . . .	1129
VIII.	Prozessuales . . . . .	1130
<b>Kapitel C. Personenbeförderungsrecht . . . . .</b>		<b>1133</b>
I.	Vorbemerkung . . . . .	1134
II.	Rechtsvorschriften und Behördenzuständigkeiten . . . . .	1136
1.	Rechtsvorschriften . . . . .	1136
2.	Behördenzuständigkeiten . . . . .	1137
III.	Begriff und Zielsetzung des Personennahverkehrs – § 8 PBefG. . . . .	1138
IV.	Die Verkehrsarten des Personenbeförderungsrechts und ihre Genehmigungen . . . . .	1143
1.	Genehmigungspflicht und Inhalt der Genehmigung . . . . .	1144
2.	Genehmigungsvoraussetzungen der einzelnen Verkehrsarten. . . . .	1149
V.	Genehmigungsverfahren . . . . .	1158
1.	Antrag. . . . .	1158
2.	Anhörungsverfahren . . . . .	1160
3.	Entscheidung über den Antrag. . . . .	1161
4.	Einstweilige Erlaubnis . . . . .	1162
VI.	Übertragung der Genehmigung. . . . .	1164
VII.	Widerruf und Erlöschen der Genehmigung, Untersagung von Personenkraftverkehrsgeschäften . . . . .	1164
1.	Widerruf der Genehmigung . . . . .	1164
2.	Untersagung von Personenkraftverkehrsgeschäften. . . . .	1165
3.	Erlöschen der Genehmigung . . . . .	1165
VIII.	Beförderungsentgelte. . . . .	1166
IX.	Rechtsschutz. . . . .	1166
1.	Rechtmäßigkeit einer Genehmigung . . . . .	1166
2.	Gerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	1167
X.	Die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen . . . . .	1169
1.	Abgrenzung der Anwendungsbereiche von PBefG, VO (EG) 1370/2007 und EU-Vergaberichtlinien . . . . .	1169
2.	Verfahrensrechtliche Anforderungen an die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen . . . . .	1175
<b>Teil 7 Recht des öffentlichen Dienstes . . . . .</b>		<b>1181</b>
<b>Kapitel A. Beamtenrecht . . . . .</b>		<b>1182</b>
I.	Rechtsquellen des Beamtenrechts . . . . .	1183
II.	Die Arten von Beamtenverhältnissen sowie deren Begründung. . . . .	1189
III.	Der »Betrieb« des Beamtenverhältnisses . . . . .	1194
1.	Rechte des Beamten . . . . .	1194
2.	Pflichten des Beamten . . . . .	1200
IV.	Personalauswahlverfahren im öffentlichen Dienst . . . . .	1203
1.	Eignung, Befähigung und fachliche Leistung . . . . .	1203
2.	Dienstliche Beurteilungen. . . . .	1203
3.	Beförderungen und sonstige Auswahlentscheidungen . . . . .	1218
4.	Rechtsschutz im Auswahlverfahren (»Konkurrentenklage«). . . . .	1233
5.	Sonstige Auswahlentscheidungen, Aufstieg und Laufbahnwechsel . . . . .	1248

V.	Rückforderung überzahlter Bezüge . . . . .	1249
VI.	Veränderungen im Beamtenverhältnis . . . . .	1252
	1. Versetzung und Abordnung . . . . .	1252
	2. Umsetzungen und andere Aufgabenzuweisungen. . . . .	1256
	3. Aufstieg und Laufbahnwechsel . . . . .	1258
VII.	Eintritt in den Ruhestand . . . . .	1259
	1. Erreichen der Altersgrenze . . . . .	1259
	2. Dienstunfähigkeit . . . . .	1260
	3. Sonstige Gründe . . . . .	1270
VIII.	Beendigung des Beamtenverhältnisses . . . . .	1270
IX.	Die Versorgung des Beamten und seiner Hinterbliebenen. . . . .	1273
	1. Berechnungsgrundsätze . . . . .	1273
	2. Hinterbliebenenversorgung . . . . .	1286
	3. Ruhensberechnungen nach §§ 53 ff. BeamtVG . . . . .	1292
X.	Zum Verfahrensrecht . . . . .	1303
	1. Besonderheiten zum Widerspruch. . . . .	1303
	2. Der Gegenstandswert in beamtenrechtlichen Streitverfahren . . . . .	1305
	3. Örtliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts . . . . .	1310
	4. Vertretungszwang . . . . .	1311
XI.	Anhang . . . . .	1311
	<b>Kapitel B. Disziplinarrecht . . . . .</b>	<b>1315</b>
I.	Einführung . . . . .	1316
II.	Das Bundesdisziplinalgesetz, sein Zweck und sein Anwendungsbereich . . . . .	1318
III.	Dienstvergehen, Disziplinar- und Regelmaßnahmen . . . . .	1324
	1. Dienstvergehen . . . . .	1324
	2. Disziplinarmaßnahmen . . . . .	1332
	3. Übliche Maßnahmen und Regelmaßnahmen . . . . .	1339
IV.	Dienstvorgesetzte und Disziplinargerichte. . . . .	1346
	1. Dienstvorgesetzte . . . . .	1346
	2. Disziplinargerichtsbarkeit . . . . .	1347
V.	Allgemeine Verfahrensvorschriften . . . . .	1349
	1. Das anzuwendende Verfahrensrecht. . . . .	1349
	2. Verfolgbarkeit des Beamten . . . . .	1351
	3. Verfolgbarkeit des Dienstvergehens . . . . .	1353
VI.	Das behördliche Disziplinarverfahren . . . . .	1359
	1. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens . . . . .	1359
	2. Anhörung des Beamten . . . . .	1361
	3. Ermittlungen. . . . .	1362
	4. Beweiserhebungen . . . . .	1363
	5. Aussetzung des Disziplinarverfahrens wegen eines parallelen Strafverfahrens. . . . .	1367
	6. Bindungswirkungen von Straf- und sonstigen Urteilen . . . . .	1368
	7. Verteidigung im Disziplinarverfahren. . . . .	1371
	8. Beschleunigung . . . . .	1372
VII.	Die Disziplinarentscheidung des Dienstvorgesetzten . . . . .	1373
	1. Einstellung des Verfahrens . . . . .	1374
	2. Die Disziplinarverfügung . . . . .	1376
	3. Erheben der Disziplinaranzeige . . . . .	1378
VIII.	Vorläufige Anordnungen der Dienstvorgesetzten. . . . .	1381
	1. Vorläufige Dienstenthebung . . . . .	1381
	2. Einbehaltung von Dienstbezügen . . . . .	1382
	3. Rechtsschutz gegen die vorläufigen Maßnahmen des § 38 BDG . . . . .	1383
IX.	Zum gerichtlichen Disziplinarverfahren . . . . .	1385
	1. Gerichtsaufbau und Verfahrensgrundsätze . . . . .	1385
	2. Die Disziplinaranzeige . . . . .	1386
	3. Andere disziplinargerichtliche Klagen. . . . .	1391
	4. Anwaltszwang in der zweiten und dritten Instanz . . . . .	1392
	5. Gegenvorstellungen und Wiederaufnahme . . . . .	1392
X.	Kosten des Disziplinarverfahrens und Gebühren des anwaltlichen Bevollmächtigten . . . . .	1392

XI. Vollstreckung, Tilgung und Begnadigung . . . . .	1396
<b>Teil 8 Ausländerrecht</b> . . . . .	1399
<b>Kapitel A. Allgemeines Ausländerrecht</b> . . . . .	1400
I. Einführung . . . . .	1401
1. Funktion des Ausländerrechts . . . . .	1401
2. Rechtsvorschriften . . . . .	1402
3. Der Beginn der anwaltlichen Tätigkeit. . . . .	1404
II. Das Aufenthaltsgesetz . . . . .	1405
1. Das allgemeine Erteilungsverfahren . . . . .	1405
2. Verlängerung des Aufenthaltstitels. . . . .	1424
3. Beendigung des Aufenthaltes . . . . .	1425
4. Durchsetzen der Ausreisepflicht . . . . .	1429
5. Verfahrensrechtliche Besonderheiten und Hinweise im allgemeinen Ausländerrecht . . . . .	1440
III. Freizügigkeitsrecht . . . . .	1442
IV. Assoziationsrechtliche Rechtsstellung türkischer Arbeitnehmer . . . . .	1447
V. Das Schengen-Visum . . . . .	1447
<b>Kapitel B. Asylrecht</b> . . . . .	1451
I. Allgemeine Bestimmungen . . . . .	1456
1. Personal der Geltungsbereich . . . . .	1456
2. Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. . . . .	1456
3. Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, § 9 AsylG . . . . .	1457
4. Zustellungsvorschriften, § 10 AsylG . . . . .	1457
5. Ausschluss des Widerspruchsverfahrens, § 11 AsylG . . . . .	1460
6. Handlungsfähigkeit, § 12 AsylG. . . . .	1460
7. Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen, § 11a AsylG . . . . .	1460
8. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz, § 24 AufenthG . . . . .	1461
9. Aufnahme aus dem Ausland, § 22 AufenthG. . . . .	1461
II. Zugang zum Asylverfahren. . . . .	1461
1. Asylbegehren an der Grenze, § 18 AsylG . . . . .	1461
2. Asylantrag bei Einreise auf dem Luftweg § 18a AsylG . . . . .	1463
3. Asylnachsuchen bei der Ausländerbehörde oder bei der Polizei, § 19 AsylG . . . . .	1466
4. Verweis auf das Folgeverfahren bei Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht nach Stellung eines ersten Asylgesuchs. . . . .	1467
III. Dublin Verfahren. . . . .	1467
1. Unzulässiger Asylantrag nach § 27a AsylG . . . . .	1468
2. keine Anwendbarkeit. . . . .	1469
3. erfolgloser Abschluss eines Asylverfahrens in einem Dublin-Staat . . . . .	1471
4. Ablehnung als unzulässig nach § 27 a AsylG . . . . .	1471
5. Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz durch einen Mitgliedstaat . . . . .	1474
6. Einzelfragen im Überstellungsverfahren . . . . .	1480
7. Ermessensklauseln . . . . .	1480
8. Fristen für Stellung eines Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuchs. . . . .	1481
9. Zustellung einer Überstellungsentscheidung. . . . .	1482
10. Rechtsmittel gegen Überstellungsentscheidung. . . . .	1482
11. Haft in Dublin-Verfahren. . . . .	1483
12. Modalitäten und Fristen einer Überstellung. . . . .	1483
13. Recht des Asylbewerbers, den Ablauf der Überstellungsfrist geltend zu machen? . . . . .	1485
IV. Verfahren beim Bundesamt . . . . .	1488
1. Asylantragstellung, § 14 AsylG. . . . .	1488
2. Familieneinheit, § 14a AsylG. . . . .	1488
3. Definition des Asylantrages, § 13 AsylG. . . . .	1489
4. Aufenthaltsgestattung, § 55 AsylG . . . . .	1490
5. Wohnsitznahme in einer Aufnahmeeinrichtung, § 47 AsylG . . . . .	1491
6. Pflichten des Bundesamtes, § 24 AsylG . . . . .	1492
7. Mitwirkungspflichten des Asylbewerbers während des Verfahrens, §§ 15 und 25 AsylG . . . . .	1493

8.	Folgeantrag nach § 71 AsylG . . . . .	1495
9.	Unterbringung und Verteilung, §§ 44–54 AsylG . . . . .	1502
10.	Beschleunigte Verfahren . . . . .	1503
V.	Entscheidung des Bundesamtes über einen Asylantrag . . . . .	1503
1.	Asylantrag ist begründet. . . . .	1503
2.	Asylantrag ist (einfach) unbegründet . . . . .	1505
3.	Asylantrag ist offensichtlich unbegründet, § 30 AsylG . . . . .	1506
4.	Asylantrag ist unbeachtlich nach § 29 AsylG oder unzulässig nach § 27a AsylG . . . . .	1512
5.	Entscheidung des Bundesamtes bei Einreise aus sicherem Drittstaat. . . . .	1513
6.	Entscheidung des Bundesamtes bei anderweitiger Sicherheit vor Verfolgung gem. § 27 AsylG . . . . .	1517
7.	Fiktion der Rücknahme des Asylantrags bei Nichtbetreiben des Asylverfahrens nach § 33 AsylG . . . . .	1518
8.	Fiktion der Rücknahme der Asylklage bei Nichtbetreiben des Asylverfahrens nach § 81 AsylG . . . . .	1519
9.	Entscheidung des Bundesamtes über Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis Abs. 7 AufenthG. . . . .	1520
10.	Entscheidung des Bundesamtes über Familienasyl und internationalen Schutz für Familienangehörige nach § 26 AsylG. . . . .	1534
11.	Erlöschen der Anerkennung als Asylberechtigter oder der Feststellung der Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG . . . . .	1536
12.	Widerruf und Rücknahme nach § 73 AsylG . . . . .	1536
VI.	Gerichtliches Verfahren . . . . .	1541
1.	Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht. . . . .	1541
2.	Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG . . . . .	1546

## **Teil 9 Schul- und Hochschulrecht . . . . . 1549**

I.	Vorbemerkung . . . . .	1551
II.	Schulrecht . . . . .	1552
1.	Besonderheiten des Verfahrens im Schulrecht . . . . .	1552
2.	Aufnahme des Schulverhältnisses (Anmeldeverfahren) . . . . .	1556
3.	Zeitweise, teilweise oder generelle Befreiung vom Schulunterricht . . . . .	1561
4.	Beendigung des Schulverhältnisses . . . . .	1562
5.	Schulorganisation . . . . .	1562
6.	Inhaltliche Ausgestaltung der Schule . . . . .	1564
7.	Ordnungsmaßnahmen . . . . .	1564
8.	Leistungsbewertung, Versetzungen und Prüfungen . . . . .	1567
III.	Hochschulrecht (einschließlich Prüfungsrecht). . . . .	1570
1.	Besonderheiten des Verfahrens im Hochschulrecht . . . . .	1570
2.	Zulassung zum Studium. . . . .	1572
3.	Beendigung der Zugehörigkeit von Studierenden zur Hochschule . . . . .	1575
4.	Mitgliedschaftsrechte und Mitwirkung innerhalb der Hochschule . . . . .	1576
5.	Berufungsverfahren . . . . .	1577
6.	Leistungsbewertung. . . . .	1579

## **Stichwortverzeichnis . . . . . 1585**